Nr. 36
B 18
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 21. Januar 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (im Ausw. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Skandal der Hebbelstraße

Wer trägt die Schuld? / Herausgesetzte Mieter ohne Bleibe / Abbruch oder Sanierung?

Die Mitteilungen der „Vossischen Zeitung" über die Vorgänge, die sich am Freitag abend bei der Räumung zweier Wohnungen des durch Einsturzgefahr bedrohten Hauses Hebbelstraße 17 in Charlottenburg zutrugen und der dringende Appell an den Berliner Oberbürgermeister sind nicht ungehört geblieben. Nach einer Fülle schwerer und kaum verständlicher Ungeschicklichkeiten, die ein wenig erfreuliches Bild mangelnder Zusammenarbeit der Behörden gegeben haben, wird man sich heute nicht damit begnügen können, Verordnungen zu erlassen, sondern möglichst schnell den in Not geratenen Mietern zu helfen.

Am Mittwoch nachmittag hatte der Berliner Polizeipräsident das Haus Hebbelstraße 17 besichtigt, war zu der Ueberzeugung gekommen, daß für zwei Wohnungen unmittelbare Gefahr bestehe, und hatte die Räumung angeordnet. Am Donnerstag abend hatte der Berliner Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß für die ausquartierten Mieter im Zusammenarbeiten aller Wohnungsämter Berlins Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt würden. Am Freitag um 12 Uhr rief das Polizeipräsidium beim Bezirksamt Charlottenburg an und teilte mit, daß die Wohnungen bis abends um 6 Uhr geräumt werden müßten. Einwendungen des Bezirksamtes, daß eine derart kurze Frist für die Bewohner eine unbillige Härte bedeute, wurden als unberechtigt bezeichnet. **Der Polizeipräsident wies darauf hin, daß, falls ein Unglück geschehe, der Staatsanwalt gegen die Verantwortlichen wegen fahrlässiger Tötung vorgehen werde.** Um 2 Uhr lag dem Bezirksamt der Bescheid des Polizeipräsidiums vor, daß bis 6 Uhr die Räumung vor sich zu gehen habe.

Um diese Räumung nur einigermaßen erträglich zu gestalten, wäre es notwendig gewesen, daß den Mietern schon am Tage zuvor vom Wohnungsamt passende Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Wenige Stunden aber, bevor der Räumungsbefehl mit Androhung hoher Strafen den unglücklichen Mietern zugestellt worden war, hatte es das Wohnungsamt des Bezirksamtes Charlottenburg erst für notwendig gehalten, vier Wohnungen anzugeben. Nicht etwa, daß ein Beamter des Wohnungsamtes sich sofort in ein Auto gesetzt hätte und mit den beiden Mietern herumgefahren wäre, um eine passende Wohnung — wenn sie gefunden wurde — sofort zu beschlagnahmen: **die Mieter mußten es als einen Hohn betrachten, daß die ihnen angegebenen Wohnungen entweder nicht frei oder viel zu teuer waren, oder sogar nur gegen Zahlung eines Abstandes von mehreren tausend Mark zur Verfügung standen.**

Es ist müßig zu fragen, ob der Polizeipräsident auf Grund seiner Machtbefugnisse nicht von sich aus kurzerhand Wohnungen hätte beschlagnahmen oder die Räumung um einige Stunden hätte verschieben können. Das Zusammenarbeiten der in Frage kommenden Behörden hat gestern auf so eklatante Weise Schiffbruch erlitten, wie es deutlicher kaum zutage treten konnte. So waren die beiden ausquartierten Mietsparteien mit ihren kleinen Kindern auf die Hilfsbereitschaft freundlicher Nachbarsleute angewiesen, die in ihren selbst überfüllten, durch die Schadhaftigkeit des Hauses fast unbewohnbaren Zimmern den Obdachlosen Unterkunft gewährten. **Einer der Mieter, der Kaufmann Reich, fand im Hause kein Quartier und mußte in später Nachtstunde — im Mühnellschlößchen (am Müggelsee!) Quartier nehmen. Die Mieter mußten zusehen, wie in aller Eile um sechs Uhr aus ihren Wohnungen die Möbel schonungslos und unsachgemäß entfernt wurden.**

Der Polizeipräsident, von der Redaktion der „Vossischen Zeitung" über die unerhörten Vorkommnisse telephonisch in Kenntnis gesetzt, entsandte in den späten Abendstunden einen Vertreter des Gruppenkommandos West der Schupo, der den Mietern auf das Bestimmteste zusagte, daß sie noch heute neue Wohnungen beziehen könnten. Der Bürgermeister des Bezirksamts Charlottenburg machte die gleiche Zusage, so daß wohl im Laufe des heutigen Tages eine schnelle Erledigung erfolgen wird. Das Bezirksamt Charlottenburg hat auf heute nachmittag ½6 Uhr die Mieter des Hauses Hebbelstraße 17 zu einer Besprechung geladen, in der über das Schicksal der noch nicht ausquartierten Mieter beraten werden soll.

Am Montag mittag beschäftigt sich das Bezirksamt Charlottenburg mit den Vorgängen und wird sich über zwei Fragen zu entscheiden haben: soll das Haus Hebbelstraße 17 abgerissen werden oder will man den Versuch machen, das Haus zu „sanieren". **Unabhängig von dieser Frage aber kann schon jetzt als feststehend gelten, daß das Haus Hebbelstraße 17 zwangsläufig von sämtlichen Wohnungs- und Ladeninhabern geräumt wird.** Fraglich ist nur, ob für die Zeit der Sanierung oder — für den Fall des Abbruchs — auf immer.

Ein neues Gebäude, das in diesen Tagen schlüsselfertig wird, an der Kaiserin-Augusta-Allee, ist bereit, die Bewohner des Hauses Hebbelstraße 17 aufzunehmen. Die Gemeinnützige Baugesellschaft Heerstraße, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Charlottenburger Bürgermeister Augustin ist, hat dieses Haus fertiggestellt und wird es den Bewohnern zur Verfügung stellen.

Sollte das Haus Hebbelstraße 17 saniert werden, so hat der Hausbesitzer nach höchstrichterlicher Entscheidung die Kosten zu tragen. Weigert er sich, so verfällt das Grundstück der Versteigerung. Ein solcher Fall ist unlängst brennend geworden, als das Charlottenburger Haus Fritschestraße 18 baufällig wurde. Es sollte bereits zur Versteigerung gelangen, als es zwischen Eigentümer und Hypothekengläubigern, die ihre Ansprüche verloren sahen, zu einer Einigung kam. Auch in diesem Fall haftet der Eigentümer für die Instandhaltung des Hauses Hebbelstraße 17. Der Magistrat wird dem Hauseigentümer aber, um ihm aus seiner Bedrängnis zu helfen, einen Vorschuß von 125 000 Mark gewähren.

Der Räumungsskandal, der mit Recht die Oeffentlichkeit in hohem Maße beunruhigte, wird hoffentlich in der Geschichte der Berliner Behörden — als abschreckendes Beispiel bürokratischer Unvernunft — vereinzelt bleiben. F. S.

*

In einer amtlichen Erklärung weist der Polizeipräsident darauf hin, daß Beamte der Schutzpolizei in keiner Weise an der Räumung teilgenommen haben.

Neue Keudell-Affäre

Der Innenminister brüskiert den Reichstag / Interpellation der Sozialdemokraten / Guérards Rede

Die heutige Reichstagssitzung

Der Reichstag setzte heute um 1 Uhr die allgemeine politische Aussprache beim Haushalt fort. Das Haus war zu Beginn der Sitzung nicht gut besucht, namentlich auf der rechten Seite fehlten sehr viele. Am Regierungstisch befanden sich bei Beginn der Sitzung nur Reichsfinanzminister Dr. Köhler.

Der erste Redner war nicht, wie erwartet worden war, der Zentrumsabgeordnete Dr. Guérard, sondern es meldete sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, **Abg. Müller-Franken** zur Geschäftsordnung. Er wies auf die leere Ministerbank hin und meinte, beim Etat sollten eigentlich der Reichskanzler und möglichst alle Minister im Reichstag vollzählig erscheinen. Aber er sei selbstverständlich der Auffassung, daß es Behinderungsgründe geben könne, die die Mitglieder des Kabinetts am Erscheinen verhindern.

Ob es aber richtig gewesen sei, vom Kabinett, den Reichsinnenminister v. Keudell mit einer Reise zum Landbund nach Stettin zu betrauen, das lasse er dahingestellt. Er nehme aber das Wort, um auf ein Vorkommnis einzugehen, das in der „Deutschen Tageszeitung" zu lesen ist. **Auf der Generalversammlung des Pommerschen Landbundes hat nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" Herr v. Keudell wörtlich gesagt:**

„Man werde es hier verstehen," fuhr der Minister unter großer Heiterkeit fort, „daß er es heute für wichtiger gehalten habe, in diese Versammlung zu kommen, um dem Pommerschen Landbund die Grüße der Reichsregierung zu überbringen, statt sich im Reichstage anzuhören, wie er persönlich angegriffen werde."

Wenn der Minister, so fährt Abg. Müller fort, damit einen Witz machen wollte, so gehört das zu den vielen unglücklichen Dingen, die Herr v. Keudell schon angerichtet hat. **Wir müssen aber den Reichskanzler um Auskunft ersuchen, was die Reichsregierung zu dieser Herabwürdigung und Verächtlichmachung des Reichstags zu sagen hat.** (Lebh. Zustimmung links und im Zentr.) **Es ist unerhört, daß in einer Zeit, in der die Landwirtschaft fortgesetzt mit Wünschen an den Reichstag herantritt, der Reichsinnenminister Gelegenheit nimmt, sich vor Landwirten in dieser Weise am Reichstag zu reiben.** (Sehr wahr!) **Alle Parteien, glaube ich, haben daran ein Interesse, daß solche Verunglimpfungen der Volksvertretung durch Kabinettsmitglieder nicht mehr erfolgen, am wenigsten durch Herrn v. Keudell. Dazu hat Herr v. Keudell nicht das nötige Format." (Beifall links und im Zentr.)**

In dem Augenblick, als der Abgeordnete Müller geendet hat, erscheint der Reichskanzler im Saal. Der Präsident gibt dem Abgeordneten v. Guérard (Ztr.) das Wort. Auf der Linken ruft man, der Kanzler solle antworten. Der Präsident erwidert, der Kanzler müsse erst informiert werden. Reichsfinanzminister Köhler erzählt dem Kanzler den Vorgang. **Kaum hat er geendet, erscheint Herr v. Keudell, begrüßt sehr unbefangen, freundlich den Kanzler, der ihn aber mit ernster Miene bittet, mit ihm aus dem Saal hinauszugehen.** Nach einer kleinen Weile erscheint zuerst der Reichskanzler, dann Herr v. Keudell wieder im Saal.

Abgeordneter **v. Guérard** beginnt seine Rede mit den Worten: **„Auch ich hoffe, daß über den vom Abgeordneten Müller-Franken mitgeteilten Vorgang der Reichskanzler im Reichstag entsprechende Aufklärung gibt, die wir, die Zentrumsfraktion, ebenfalls von ihm verlangen.** (Einmütige Zustimmung links und im Zentrum.)

Er wendet sich der Besprechung des Haushalts zu und sagt, es sei eine gewisse Skepsis gegenüber dem Optimismus des Reichsfinanzministers begründet. Der Etat biete nur ein halbwegs günstiges Bild der aufsteigenden Konjunktur, und der Redner beschäftigt sich mit den einzelnen Etatstiteln, die durch die Konjunktur beeinflußt worden sind, vor allem mit der Vermögenssteuer und den Zöllen. Das Zentrum will bei der Beratung des Etats größte Sparsamkeit walten lassen, aber das Notwendigste muß bewilligt werden. Die Landwirtschaft ist in so großer Not, daß außerordentliche Mittel bewilligt werden müssen.

Wie der Baumarkt, die wichtigste Schlüsselindustrie, belebt werden soll, ist nicht abzusehen, da die für dieses Jahr verfügbaren öffentlichen Mittel im wesentlichen im voraus verbraucht sind. Der Steuerdruck ist immer noch übergroß. Aber der Zwang zur Sparsamkeit gebietet uns, Mehrforderungen, die nicht ganz besonders begründet sind, abzulehnen. Selbstverständlich werden wir, was auf sozialpolitischem Gebiet un-

Parlamentsauflösung in Japan

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Tokio, 21. Januar

Der japanische Ministerpräsident Tanaka löste durch kaiserliches Dekret den Reichstag auf. Die Auflösung erfolgte, um den Sturz der Regierung zu verhindern, die bis zu den Neuwahlen im Amte bleibt. Neuwahlen müssen nach der Verfassung innerhalb von 5 Monaten nach der Parlamentsauflösung stattfinden. Das Kabinett Tanaka ist seit dem April des vergangenen Jahres im Amt.

Memeler Wirtschafter in Warschau

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Memel**, 21. Januar

Aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß seit zwei Tagen der Präsident der Memeler Handelskammer, Konsul Jahn, in Begleitung der Memeler Wirtschafter Kraus (eines Bruders des bekannten memelländischen Politikers Joseph Kraus) und Ehner, sich in Warschau befindet. Der Grund für diese Reise ist in dem Wunsch gewisser hiesiger Wirtschaftskreise zu suchen, die durch die Genfer Verhandlungen wieder nähergerückte Oeffnung des Memelstromes von inoffizieller litauischer Seite vorzubereiten. Darüber, wie weit diese vorbereitenden Verhandlungen im Einverständnis mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras erfolgen, ist man bisher lediglich auf Vermutungen angewiesen.

Immerhin fällt auf, daß die Reise der Memeler Wirtschafter nach Warschau vor dem Berliner Besuch des litauischen Ministerpräsidenten erfolgt.